

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 184. Ratssitzung vom 28. August 2013

4197. 2013/116

Weisung vom 03.04.2013:

Beiträge der Stadt Zürich an den Verein Metropolitanraum Zürich für die Jahre 2013–2018

Ausstand: Markus Kunz (Grüne)

Antrag des Stadtrats

1. Für den jährlichen Mitgliederbeitrag für die Jahre 2013–2018 an den Verein Metropolitanraum Zürich wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
2. Als Beitrag an das Aktionsprogramm des Vereins für einzelne Projekte wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
Das Budget 2013 wird wie folgt ergänzt:
 - a. Für den Mitgliederbeitrag 2013 wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3197 000, Mitgliederbeiträge, von Fr. 75 000.– um Fr. 40 000.– auf Fr. 115 000.– erhöht.
 - b. Für den Projektbeitrag 2013 der Dienstabteilung Stadtentwicklung wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3180 000, Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter, von Fr. 1 604 000.– um Fr. 20 000.– auf Fr. 1 624 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Der Betrag für den Verein Metropolitanraum Zürich soll für die Jahre 2013 bis 2018 gesprochen werden. Bisher beteiligte sich die Stadt im Rahmen einer Pilotphase, der Betrag wurde jeweils während der Budgetdebatte diskutiert. Der Mitgliederbetrag beläuft sich auf 40 000 Franken, der Beitrag an Projektkosten beträgt 20 000 Franken. In der Weisung wird beantragt, je 50 000 Franken zu sprechen, um im Sinne eines Maximalbetrags über Schwankungsreserven für die nächsten fünf Jahre zu verfügen. Die Aufgabe des Vereins Metropolitanraum Zürich ist die Förderung der Zusammenarbeit im Grossraum Zürich. Fragen, die für den gesamten Raum von Bedeutung sind, sollen diskutiert werden und es sollen Verbesserungen eingebracht werden können. Die Stadt ist der Auffassung, dass sich das Konzept des Vereins für sie bewährt. In der Kommission wurden sehr viele Fragen gestellt, die wir ausführlich beantwortet bekamen. Ein so grosser Raum wirkt zwangsläufig nivellierend, dennoch bleibt der Nutzen für die Beteiligten bestehen. Die Befürchtung, dass eine Struktur entsteht,*

die unsere föderale Struktur unterwandert, ist haltlos. Die Entscheide werden immer auf der jeweils zuständigen Ebene gefällt. Die Kommission ist überzeugt, dass die Stadt auch in den folgenden Jahren Nutzen aus dem Verein Metropolitanraum ziehen wird.

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *Seit der Gründung des Vereins Metropolitanraum Zürich leistete die Stadt jährliche Beiträge an den Verein. Der Sinn eines solchen Beitrittes ist es, die Agglomerationen der grossen Städte verstärkt zu einer Zusammenarbeit zu bewegen und dafür nötige Strukturen zu schaffen. Die Stadt erhofft sich von ihrer Mitgliedschaft im Verein ein grösseres Gehör in Bern. Zürich ist ein wichtiger Wirtschaftsraum und kann seine Interessen auch ohne Vereinsmitgliedschaft vertreten. Der Verein fordert, diverse Entwicklungen gemeindeübergreifend zu betrachten. In der Schweiz werden Gremien demokratisch gewählt, die diese neuen Herausforderungen anpacken sollen. Gemeinsames Planen und Handeln über die Gemeindegrenzen hinaus sind nötig, dafür sind jedoch die gewählten Gremien zuständig. Mit der Mitgliedschaft untergraben wir unsere demokratischen und föderalen Prinzipien. Je grösser der Verein wird, desto schwieriger ist es, einen gemeinsamen Nenner zu finden.*

Weitere Wortmeldungen:

Christina Hug (Grüne): *Die Stadt ist das Zentrum eines funktionalen Raumes, der nicht an Gemeindegrenzen gebunden ist. Die politischen Einheiten müssen zusammenarbeiten. Solche Gefässe bergen die Gefahr eines Demokratiedefizits, da es im Wesen unseres politischen Systems liegt, dass politische Entscheidungsträger an bestimmte räumliche Grenzen gebunden sind. Der Verein hat keine politischen Entscheidungskompetenzen. Eines der grössten Risiken solcher Metropolitan Governance Projekte ist die fehlende demokratische Legitimation. Uns fehlt das Vertrauen in diese Konferenz. Wir wollen wissen und mitbestimmen können, welche Positionen die städtischen Vertreter in dieser Konferenz vertreten. Wir können der Weisung nur zustimmen, wenn der Gemeinderat verstärkt einbezogen wird.*

Claudia Simon (FDP): *In der Budgetdebatte hatten wir den Eindruck, dass wir nicht dieselben Ziele vertreten wie die Stadtpräsidentin. Wir hatten den Eindruck, dass beabsichtigt wird, die restliche Schweiz von der Politik Zürichs zu überzeugen. Wir waren hingegen der Ansicht, dass es um eine wichtige Vernetzung in der Metropolitankonferenz geht. Wir finden es richtig, dass sich die Stadt über Grenzen hinweg vernetzt. Wir sind zufrieden mit der politischen Ebene, auf der die Metropolitankonferenz stattfinden soll.*

Ruth Ackermann (CVP): *Es ist nötig über die Gemeindegrenzen hinweg zu schauen. Auch unsere städtischen Entscheide können Einflüsse auf die Region besitzen und umgekehrt. Wir sollten uns auf einen Dialog mit den Gemeinden und dem Verein einlassen. Wir müssen dabei sein, um Einfluss nehmen zu können.*

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP ist Gremien gegenüber, in denen es um Stadt- und Standortentwicklung geht, kritisch eingestellt. Wir haben die Vor- und Nachteile einer solchen Mitgliedschaft lange diskutiert und gelangten zur Ansicht, dass die Vorteile*

überwiegen. Der Verein ist sehr schlank und zweckmässig organisiert. Die inhaltlichen und strategischen Aktivitäten werden von den Exekutivmitgliedern festgelegt. Die Stadt profitiert von dieser Art der direkten und gleichberechtigten Zusammenarbeit und kann sich dadurch auch optimal einbringen. Heute sind die Metropolitanräume auf nationaler und internationaler Ebene die Motoren der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. In vielen Ländern wurden entsprechende politische Rahmenbedingungen angepasst. Die Städte haben in der Schweiz keinen grösseren Einfluss als die ländlichen Gebiete.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die SP stimmte dem Kredit bereits in der Budgetdebatte zu. Wir halten die Zusammenarbeit für wichtig, stehen der Metropolitankonferenz aber nicht unkritisch gegenüber. Die Konferenz hat ein grosses Entwicklungspotential und in gewissen Bereichen auch einen Entwicklungsbedarf. Der Verein Metropolitanraum ist derzeit das Beste, das wir derzeit im Hinblick auf überregionale Entwicklung besitzen. Der Stadt gelingt es auch dank der Mitarbeit in der Metropolitankonferenz, ihre Anliegen einzubringen, ohne die korrekten demokratischen Entscheidungsmechanismen zu unterlaufen. Für uns besteht im Bereich der Einbeziehung der kantonalen und lokalen Parlamente Entwicklungsbedarf.

Roger Liebi (SVP): Die Grünen haben Angst vor Demokratieabbau, währenddessen die SP diesen fordert. Die Angst der Grünen muss ernst genommen werden. Der Erfolg der Schweiz basiert auf der kleinräumigen Demokratie. Wenn man die Statuten des Vereins liest, wird ein Demokratieverlust durch den Verein in Kauf genommen. Im Verein werden Abstimmungen durchgeführt, es gibt ein Zweikammernsystem. Die Befürworter der Metropolitankonferenz sind bereit, das Erfolgsmodell der kleinräumigen Schweiz aufzugeben. Die Konferenz möchte sich auch in den Abstimmungskampf einmischen.

Werner Wehrli (EVP): Solche Konferenzen sind oft eine Plattform zur Selbstverwirklichung und Beschäftigung externer Berater. Es gibt keine neuen Erkenntnisse, die uns zu einer Meinungsänderung bewegen würden.

Christoph Spiess (SD): Es ist fraglich, ob die Stärkung der Agglomerationen der grossen Städte sinnvoll ist. Die Agglomerationen marginalisieren die ländlichen Gebiete. Wir haben klare verfassungsmässige Strukturen, die durchaus in der Lage sind, die bestehenden Probleme zu lösen. Unsere ordentlichen Staatsstrukturen werden ausgehebelt. Die Wirtschaft muss nicht mehr weiter wachsen, wir haben Fachkräftemangel. In der Konferenz soll überlegt werden, welche weiteren Gebiete zubetoniert werden sollen.

Niklaus Scherr (AL): Es gibt offensichtliche strukturelle Defizite in der Entwicklung des Grossraums Zürich. Es gibt kaum demokratische Lösungsansätze für die Entwicklung des Grossraums. Der Verein besitzt ein demokratisches Grunddefizit. Man sollte ein Kernthema bestimmen, auf das man sich konzentriert und zu dem ein demokratisch legitimer Meinungsbildungsprozess organisiert wird. Vieles bleibt technokratisch und schwammig. An den Rändern der Metropolitankonferenz wird Steuerdumping betrieben.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Wir leben in einem funktionalen Lebens- und Wirtschaftsraum, in

dem wir über die traditionellen Grenzen hinaus denken und handeln müssen. Dies ist im Interesse des Gesamttraumes. Es ist typisch für die Schweiz, dass sich unterschiedliche Vertreter zusammensetzen und gemeinsam Lösungen suchen. Die Autonomie der Mitglieder soll nicht angetastet werden. Es kommt zu keinem Demokratieabbau. Zürich ist die Kernstadt des Metropolitanraums. Auch für unsere Partnerinnen und Partner ist die Teilnahme der Stadt wichtig. Die Konferenz gibt uns die Möglichkeit, auf Augenhöhe mit Kantonen, Städten und Gemeinden an einem Tisch zu sitzen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wir können nicht alle interessanten Themen gleichzeitig abhandeln, wenn wir unsere schlanken Strukturen beibehalten werden. Die Metropolitankonferenz ist für die Stadt eine Chance.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 42 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

5 / 5

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den jährlichen Mitgliederbeitrag für die Jahre 2013–2018 an den Verein Metropolitanraum Zürich wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
2. Als Beitrag an das Aktionsprogramm des Vereins für einzelne Projekte wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
Das Budget 2013 wird wie folgt ergänzt:
 - a. Für den Mitgliederbeitrag 2013 wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3197 000, Mitgliederbeiträge, von Fr. 75 000.– um Fr. 40 000.– auf Fr. 115 000.– erhöht.
 - b. Für den Projektbeitrag 2013 der Dienstabteilung Stadtentwicklung wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3180 000, Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter, von Fr. 1 604 000.– um Fr. 20 000.– auf Fr. 1 624 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Oktober 2013)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat